

## Bedeutung französische Revolution / Napoleonische Kriege / Befreiungskriege / Wiener Kongress

- Verbreitung von Nationalismus (Volk = Staat) (→ Befreiungskriege)
- Liberalismus: Code Civil, Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit
- Reform der Kriegsführung → Volksheere anstelle von Söldnern
- 1806: Auflösung des "Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation" → Gründung Rheinbund
- Befreiungskriege → nationale Begeisterung, Ende der Fremdherrschaft
- Wiener Kongress (1815): Neuordnung Europas → Gleichgewicht der Mächte (Pentarchie)
- Restauration → Heilige Allianz gegen Revolutionen

### Erläuterungen

- **Code Civil:** Gleichheit vor dem Gesetz, Schutz der individuellen Rechtssphäre
- **Reichsdeputationshauptschluss 1803:** Säkularisierung → alle geistlichen Herrschaften werden weltlich und Mediatisierung → Auflösung und Einverleibung 112 kleine Reichsständen durch weltliche Fürstentümer, Reduzierung freier Reichsstädte 51 → 6
- **Gründung Rheinbund 1806:** 16 Süd- und Westdeutsche Staaten unter Schutzherrschaft Napoleons → Austritt aus dem Reichsverband → umfassende Änderungen in Verwaltung und Recht nach französischem Vorbild (Bundesarmee unter Befehl Napoleon, zentrale Bürokratie, rationale Verwaltung, Gewerbe- und Religionsfreiheit, staatliche Kirchen- und Schulaufsicht)
- **Befreiungskriege:** Russlandfeldzüge (1812): Ende Expansion Frankreichs, Konvention von Tauroggen → Bündnis zwischen Russland, Preußen, Österreich, Großbritannien, Schweden → gefühlte Volkskriege
- **Wiener Kongress:** Restauration der vorrevolutionären Ordnung, Legitimität: Gottesgnadentum und Ablehnung Volkssouveränität, Solidarität: Heilige Allianz → gemeinsamer Kampf gegen revolutionäre Bestrebungen, Gleichgewicht der fünf Führungsmächte Preußen, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Russland (= Pentarchie)
- **Gründung Deutscher Bund (39 Einzelstaaten)**

## 1815 - 1850

### Deutschland zwischen Restauration und Revolution

- Restauration:

- **Fürsten und Adel, Offiziere, hohe Beamte:** alte Ordnung vor Napoleon, politische Stabilität in Europa, traditionelle Machtposition, Gottesgnadentum, dynastische Ordnung
  - Nationalismus und Liberalismus: Bürgertum und Arbeiterschaft: Verfassung mit Freiheitsrechten und Volksvertretung, einheitlicher deutscher Nationalstaat
  - **Gemäßigte Liberale (Großbürgertum, Beamte):** konstitutionelle Monarchie, politische Mitbestimmung, Grundrechte, Zensuswahlrecht → Reformpolitik
  - **Radikale Demokraten (Akademiker, Freiberufler, Kleinbürger, Arbeiter):** Republik, Volkssouveränität, Gleichheit, gleiches Wahlrecht → Revolution
- Alte Kräfte behaupten sich
  - Revolution scheitert

## Vormärz

- **Deutscher Bund** (35 selbstständigen Staaten, 4 freie Reichsstädte – monarchisches Prinzip)
  - Bundestag in Frankfurt
  - im Kriegsfall Bundesheer
  - keine gemeinsame Volksvertretung
  - beträchtliche Teile Österreichs und Preußens gehörten nicht dazu
  - Österreich, Preußen = Führungsmächte → beginnender Dualismus → Instrument gegen nationale Einheitswünsche und liberale Mitbestimmungsforderungen
- **Karlsbader Beschlüsse (1819):**
  - *Anlass:*
    - \* Entstanden durch die Faktion auf Vermehrten Widerstand (bspw. Wartburgfest – 1817)
    - \* Maßnahmenpaket zur Unterdrückung des Liberalismus
    - \* Nationalismus Anlass: Ermordung von Kotzebue
  - *Inhalte:*
    - \* Verbot der Burschenschaften
    - \* Zensur Presse
    - \* Überwachung Uni
    - \* Verfolgung
    - \* Berufsverbote
    - \* Einrichtung zentraler Untersuchungskommission
  - *Folgen:* Klima der Verfolgung und Repressionen
- **Hambacher Fest 1832:**

- 30.000 Teilnehmer,
- erste politische Massendemonstration,
- liberale,
- demokratische Forderungen,
- **Deutscher Bund verschärft Repressionen (als Reaktion auf die Juli-Revolution in Frankreich 1830):**
  - Zensur
  - Verbot politischer Vereine
  - Verfolgung von Demokraten
  - Regime-kritische Professoren werden entlassen bspw. 1837 – Göttinger Sieben (u.a. die Gebrüder Grimm)
  - viele Liberale gehen ins Exil

## Revolution 1848/1849

### 1840: Antritt Friedrich Wilhelm IV, erste revolutionäre Erfolge

- Antritt Friedrich Wilhelm IV. (1840) → **Hoffnung nach den Reformen in Preußen.** Diese erstarben aber sehr schnell, Ursachen für dies war bspw.:
  - Verweigerung einer Verfassung durch Friedrich Wilhelm IV
  - Repressionen
  - Soziale Krise → Massen-Armut, Hungersnöte (nach Missernten Mitte 1840), Arbeiterrevolte (Weber-Aufstand 1844)
  - Wirtschaftskrise 1847 → Banken- und Firmenpleiten
  - Februarrevolution in Paris 1848: Handwerker, Bürger, Arbeiter setzen König ab und rufen eine Republik aus
  - blutige Aufstände Berlin und Wien, heftige Unruhen Hauptstädte anderer Staaten, Rebellion Landbevölkerung
- **Gemeinsame Forderungen der Bevölkerung:**
  - Verfassung und Volksvertretung
  - Verantwortlichkeit der Regierung gegen über Parlament
  - Pressefreiheit
  - Versammlungsfreiheit
  - Bürgerwehr
  - Volksbewaffnung
  - Schwurgerichte
  - Abschaffung der Feudalrechte auf dem Land
- **Bisherige Erfolge der Revolution:**

- Sturz der Regierung
- Absetzung Metternichs in Wien
- König stimmt Verfassung zu
- Friedrich Wilhelm IV verspricht Verfassung
- preußische Nationalversammlung und Bekenntnis zur deutschen Nation
- Liberale Märzminister (Regierungen) im ganzen Land
- Rasche Abschaffung aller feudalen Rechte auf dem Land

## März 1848

Vorparlament (gemäßigte Kräfte) bestimmt Wahlen zur deutschen Nationalversammlung (allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht für Männer)

## 18. Mai 1848: Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt eröffnet

- 600 Abgeordnete
- „Professoren Parlament“ (80% Akademiker) kaum Abgeordnete aus Handwerk oder Bauern
- Kaum Arbeiter (2 im Gesamten Parlament)
- Fünf politische Lager ohne feste organisatorische Struktur:
  - **Konservative (Adel, Offiziere, hohe Beamte):** Weitgehender Erhalt des Status quo, konstitutionelle Monarchie mit eingeschränkten Rechten des Parlaments - ,
  - **Katholiken (katholische Geistliche, Bürger, Landbewohner):** Ablehnung der Säkularisierung und Liberalismus -
  - **Liberale (Akademiker, Groß- Wirtschaftsbürgertum):** Verfassungsstaat mit Grundrechten
  - **Demokraten:** Republik, Volkssouveränität, allgemeine Gleichheit
  - **Bildungsbürgertum (Schriftsteller, Rechtsanwälte, Lehrer)**
  - **Kleinbürgertum (Handwerker, Händler, einfache Beamte)**
  - **Sozialisten ( kleine Teile des Bildungsbürgertums, Handwerker, Arbeiter):** Sozialistische Republik

## Grenzen

Großdeutsch oder Kleindeutsche Lösung (zentrale Frage: österreichische Gebiete die nicht zu Deutschland gehören)

- Großdeutsch:

- Einbeziehung Österreichs,
- Angliederung nichtdeutscher Gebiete in Personalunion
- *Problem*: Auflösung Österreichs → Ablehnung Wiens
- Kleindeutsch:
  - Ohne Österreich
  - Preußen = Führungsmacht
  - Ausscheiden Österreichs aus dem Reich

## Verfassungsentwurf März 1849

- Kleindeutsche Lösung
- konstitutionelle Monarchie
- Mischung zentral- und bundesstaatlichen Elementen:
  - Allgemein gewähltes Volkshaus (Gesamtbevölkerung)
  - Staatenhaus (Vertreter der Länder)
  - Spitze: Erbkaiser

## Gegenrevolution

- **April 1849:** radikal-republikanischer Aufstand wird in Baden niedergeschlagen
- **Oktober 1849:** Kaiserliche Truppen erobern Wien zurück
- **Dezember 1849:** Friedrich Wilhelm IV. löst preußische Nationalversammlung auf → oktroyierte Verfassung
- *April 1850:* Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV.
- **Mai - Juni 1850:**
  - Volksbewegungen in West- und Süd-Deutschland für neue Verfassung werden niedergeschlagen
  - preußische Truppen lösen geflohene Rumpfparlament in Stuttgart auf
  - Revolutionäre Errungenschaften werden zurückgenommen,
  - Vorrevolutionäre Herrschaftsstrukturen und der Deutscher Bund werden wiederhergestellt
  - Preußen führt ein Drei-Klassen-Wahlrecht ein

## Ursachen für das Scheitern der Revolution

- Erhalt militärische Macht der Dynastien
- fehlende Machtmittel der Revolutionäre
- Uneinigkeit
- mangelnde politische Erfahrung

- Angst vor sozialer Revolution im Bürgertum
- keine ausreichende Masse in der Bevölkerung

## Industrialisierung

### Bedeutung der Industrialisierung

- Komplexe technologischer Neuerungen → “Mensch wird durch Maschine ersetzt”
- Übergang vom Handwerk zum Fabrikssystem
- Geburtsstunde der modernen Wirtschaft
- Verbesserung der Verfahren zur Erzeugung und der Verarbeitung der Rohstoffe
- Neue Situation: veranlasste zum neuen Denken, praktische Probleme zu lösen und reduzierte die Grundvoraussetzungen (fachliches Können, Kapital, Planungen usw.) auf ein Minimum
- Durch Französische Revolution und napoleonische Herausforderung angestoßene Modernisierungsreformen legten rechtlich-politische Grundlagen für die spätere Industrialisierung

### Phasen der Industrialisierung

**Vorindustrielle Jahrzehnte ( “Frühindustrialisierung” - “Vorbereitungsphase” )**

- **Zeitrahmen:** Spätes 18. Jahrhundert - 1840er Jahre
- **Merkmale:**
  - Handwerklich und Heimgewerblich organisiert
  - Gewerbe langsam wachsend
  - Modernisierungsreformen
  - Rechtlich-Politische Grundlage für Industrialisierung
  - Andauernde Feudal- und Zunftordnung
  - Herstellung von Gewerbe- Niederlassungs- und Wanderfreiheit
  - kleine Zollgebiete / staatliche Zersplitterung
  - Reformen:
    - \* “Zähmung des Absolutismus”
    - \* Limitierung fürstlicher Willkür
    - \* verbesserte Rechtssicherheit
    - \* Spielräume für Privatleute
    - \* Agrarreformen
  - erste Fabriken

- einzelne Dampfmaschinen
- *1834*: Gründung des deutschen Zollvereins
- *1835*: Erste Eisenbahnstrecke in Deutschland → Eisenbahnbau wurde zu einem der wichtigsten Faktoren des Wirtschaftswachstums

### Durchbruchphase der Industrialisierung

- **Zeitraumen:** 1840er Jahre - 1873
- **Merkmale:**
  - Rechtliche Grundlage der Industrialisierung gelegt
  - Feudal und ständisch-zünfige Einschränkungen beseitigt
  - Niederlassung und Wanderungsbarrieren fielen
  - Handels und Wirtschaftsrecht entstand
  - Einheitliches Zollgebiet (ohne Österreich)
  - Zunahme landwirtschaftlicher Produktion
  - Eisenbahnbau
  - neue Straßen und Kanäle
  - Telegrafie
  - Schrumpfendes Heimgewerbe
  - Beschäftigte in Fabriken
  - Bergwerken und Anderen stiegen um das Sechsfache
  - Bergbau
  - Hüttenindustrie
  - Metallverarbeitung expandierte
  - *1866/67*: Gründerboom
  - *1873*: Gründerkrach → tiefe Depression

### Hoch-Industrialisierung

- **Zeitraumen:** 1873 - 1914
- **Merkmale:**
  - Ungleichmäßig verlangsamtes Wachstum
  - Sinkende Preise (1873-1896)
  - Stürmischer Aufstieg (1896-1913)
  - Inflationäre Tendenz
  - Wachsende Großunternehmen
  - Neue Formen der Organisation (Kartelle und Verbände)
  - Eingriffe in Marktwirtschaft
  - Aufstieg Sozialstaat
  - Deutschland → Industriestaat
  - Vorsprung Großbritanniens eingeholt

## **Wirtschaftliche Konzentration**

### **Horizontale Konzentration**

- Zusammenschluss von bspw. mehreren Zechen oder Hütten
- *Vorteile:*
  - Preisregulation
  - Verminderung der Konkurrenz
  - Verlässlichkeit der Lieferung von Produkten
  - Optimierung der Produktion(technisch)
  - Vergrößerung des Investitionskapitals
  - verstärkte Position am Markt

### **Vertikale Konzentration**

- Zusammenschluss von bspw. Zechen, Hütten, Stahlwerken
- *Vorteile:*
  - Unabhängigkeit von Lieferanten
  - Optimierung der Produktionsbedingungen(Stückzahl)
  - Markt-Vorteil durch günstige Produkte
  - Breitere Produktpalette

## **Bedingungen der Arbeiterschaft**

- Bevölkerungswachstum 1871 - 1910 um 58% auf 65 mio.
- Rasche Verstädterung in Folge von Landflucht
- Bildung neue Gesellschaftsschicht: Lohnarbeiter
- Enge, überfüllte, ungesunde Wohnstätten
- Leben am Existenzminimum
- Zu geringe Löhne
- Generelle schlechte Arbeitsbedingungen (täglich bis zu 14h Arbeit)
- Willkür der Firmen: keine Möglichkeit Arbeitsplatz zu wechseln oder zu verbessern
- Unwürdige und gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen → Krankheiten
- Frauen- und Kinderarbeit (um zu Überleben, allerdings schlecht bezahlt)
- Kein Unfall-, Kündigungsschutz: Bei Erkrankung drohte Kündigung



## Soziale Frage (materielle Besserstellung und Eingliederung in die Gesellschaft)

### Christlicher Ansatz

- neue Formen karitativer Hilfe
- Gründung der “inneren Mission” zur Jugend-, Alters-, Kranken-, Gefährdetenhilfe (Diakonie)
- Ausbau Betheler Anstalten (bspw. Epileptikerpflege)
- Gründung der Arbeiterkolonie Wilmersdorf für Obdachlose
- Gründung des katholischen Gesellenvereins für Handwerker

### Sozialistischer Ansatz und Arbeiterbewegung

- Verwandlung Privateigentum an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum
- Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische Produktion
- Politische Rechte notwendig
- Zuerst Produktionsmittel in Besitz der politischen Macht, dann in Besitz der Gesellschaft
- Arbeiterkampf notwendig → Zusammenschlüsse in Vereinen
- **Vertreter:**
  - Genossenschaften
  - Gewerkschaften
  - Arbeiterparteien (ab 1850 gewerbliche Genossenschaften):
    - \* 1863 Allgemeiner deutscher Arbeiterverband kurz ADAV
    - \* 1869 SDAP Sozialdemokratische Arbeiterpartei
    - \* 1875 Vereinigung ADAV und SDAP zu SAP: (Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands)
  - August Bebel
  - Ferdinand Lassalle

### Staatlicher Ansatz

- Verbot der Arbeit von Kindern unter neun Jahren (ab 1854 unter 12)
- **Sozialistengesetz (21.10.1878):**
  - Verbot sozialdemokratische
  - sozialistische kommunistische Versammlungen
  - Gewerkschaften und Parteipresse
  - Sozialisten drohte Ausweisung oder Gefängnis
- **Sozialgesetzgebung (ab 1883):**

- Krankenversicherung
- Unfallversicherung
- Alters- und Invalidenversicherung: Von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinschaftlich organisiertes Sozialsystem)
- Schutzzölle zum Schutz der inländischen Arbeit
- Verbesserung der Steuerverhältnisse

### **Patriarchalischer Ansatz**

- An Gewinn orientiert, aber Fürsorge aus:
  - Tradition (Hausvater/Gutsherr/Feudalherr)
  - Menschlicher Solidarität
  - Christlichem Mitgefühl
  - Eigeninteresse
- Einrichtung von Werkswohnungen, Schulen, Altersversorgung oder Krankenkasse, Konsumanstalt, Kranken-, Pensions- und Sternekassen

### **Zusammenfassung Industrielle Revolution**

- Politische Entwicklung:
  - rechtlich-politische Grundlagen
  - Einschränkung der Feudalen Ordnung
  - Limitierung der Eingriffswillkür
  - Kartell-Verbände
  - Eingriffe in die Marktwirtschaft
  - Sozialstaat
  - Gründung Deutsches Reich
- Veränderungen:
  - Heimgewerblich → Fabriken
  - Handwerklich → Maschinell
  - Kleine Zollgebiete → Ein Zollgebiet
  - Handels- und Wirtschaftsrecht
  - Eisenbahnbau
  - Schwerindustrie → Maschinenbau → Elektroindustrie
  - Konzentrations- und Differenzierungsprozesse
  - Schwankungen – Depressionen – Konjunktur
- Phasen der Industrialisierung:
  - Frühindustrialisierung: spätes 18. Jahrhundert - 1840er Jahre
  - Durchbruchphase: 1840er Jahre - 1873

- Hochindustrialisierung: 1873 - 1914
- Gesellschaftliche Veränderung:
  - Soziale Frage
  - Zähmung des Absolutismus
  - Sozialgesetzgebung
  - Unterschiede Arm – Reich (Schere zwischen Arm- und Reich)

## Oktroyierte Verfassung (1850)

- Abgeordnetenhaus: 350 männliche Bürger über 30 Jahren
- Herrenhaus: 240 vom König ernannte, meist Adelige Männer
- Regierung mit Notstandsrecht
- Häuser hatten Treueid gegenüber dem König zu leisten
- Rechte des Königs:
  - Hatte bei Gesetzen Initiative und Vetorecht
  - Oberbefehl über das Militär
  - Keine Regulationen durch andere Organe
  - Kontrolle der Regierung: Häuser wurden vom König eingesetzt und aufgelöst
- Zensuswahlrecht

## Konflikt um die Heeresreform

- Einsetzung Wilhelm V.: Einleitung einer neuen liberalen Ära
- Wilhelm V. strebte eine Heeresreform an:
  - Verstärkung der Truppen und der Landwehr (durch Soldaten)
  - Zurückstufung der Landwehr zur Reserve
  - Verlängerung der Dienstzeit von 2 auf 3 Jahre
- 1860: liberale Mehrheit lehnt Budget für Heeresreform ab, aus Angst vor Machtzuwachs Krone
- 1861/1862: Auflösung des Landtags, nach Neuwahlen erneute Verweigerung des Haushalts
- Bismarck wird preußischer Ministerpräsident (8.10.1862)
- 1862 - 1866: Bismarck regiert gegen parlamentarische Mehrheit und ohne bewilligtes Budget → Rechtfertigung mit Lückentheorie
- *Lückentheorie*: Verfassung regelt nicht, wenn Abgeordnetenhaus, Herrenhaus und Krone uneins über Gesetzgebung → In dieser Lücke griff das monarchische Prinzip: Vorrang des Monarchen vor Verfassungsorganen

- Abgeordnetenhaus nimmt nach Frieden von Prag Indemnitätsvorlage an (26.9.1866)
- *Indemnitätsvorlage*: nachträgliche Genehmigung der bisher ohne Haushaltsgesetz getätigten Ausgaben → Anerkennung des Budgetrechts des Parlaments → Spaltung Liberale in “bismarcktreue” Nationalliberale Partei und ablehnende Fortschrittspartei

## Weg zum deutsch-dänischen Krieg

- Restauration nach 1848 → Wiederherstellung des Deutschen Bundes 1851 unter österreichischer Führung → Deutscher Dualismus
- *Deutscher Dualismus*: Verhinderung der Aufnahme Österreichs in den Zollverein 1852 durch Otto von Bismarck, Österreich wollte Führung mit Hilfe eines Delegiertenparlamentes straffen, Bismarck wollte Gleichberechtigung Preußen und Österreich sowie eine Nationalversammlung (Sympathie der Liberalen und als Provokation Österreichs), Konflikt um Schleswig und Holstein:
- Dänischer König blieb in Personalunion der Souverän der Herzogtümer, garantierte allerdings alte Sonderrechte
- 1864: Dänemark will Schleswig einverleiben → Österreich und Preußen marschieren in Schleswig ein, nationale Bewegung verlangt die Unabhängigkeit der Herzogtümer und Abtrennung von Dänemark (Deutsch-dänischer Krieg)
- 30.10.1864 *Friede von Wien*: Dänemark muss Schleswig, Ansprüche auf Holstein und das Herzogtum Lauenburg an Österreich und Preußen abtreten
- 14.8.1865 *Vertrag von Gastein*: Österreich verwaltet Holstein, Preußen Schleswig und Lauenburg (für Lauenburg Geldentschädigung an Österreich)

## Weg zum deutsch-deutschen Krieg

- *Bestrebungen Preußens*: Preußen wollte Anschluss Schleswig und Holstein an Preußen (Machtausweitung Preußens im Deutschen Bund unmöglich)
- *Bestrebungen Österreichs*: Österreich wollte Schleswig-Holstein als eigenen Bundesstaat
- Preußen sicherte Unterstützung Italiens, Frankreich blieb neutral
- Bismarck provozierte Österreich: Antrag auf Bundesreform durch nach allgemeinem Wahlrecht gewähltem Parlament → Österreich rief Bundestag zur Entscheidung der Schleswig-Holstein Frage an → Preußen wertete dies als Bruch gegen Vertrag von Gastein und

beantragte Österreichsterreich Ausschluss aus deutschem Bund → Bundestag beschloss Teilmobilmachung gegen Preußen → Preußen trat aus Deutschen Bund aus und marschierte in Holstein ein → Deutsch-deutscher Krieg

- Entscheidung zu Gunsten Preußens in der Schlacht von Königgrätz in Nordböhmen (3.7.1866)
- Gegen den Willen des Königs setzte Bismarck einen schnellen Friedensschluss durch, um eine Einmischung Frankreichs zu verhindern
- Friedensschluss in Prag am 23.8.1866 (→ Indemnitätsvorlage)
- Preußen verzichtete auf österreichische Gebietsabtretungen aber: Auflösung Deutscher Bund, Annexionen gegnerischer Staaten durch Preußen (nördlich der Mainlinie außer Sachsen und Süd-Hessen)
- Neugestaltung Deutschlands ohne Österreichsterreich, Abtretung österreichischer Rechte auf Schleswig-Holstein → Weg frei für kleindeutsche Lösung

## **Verfassung (5.6.1866) Norddeutscher Bund (1866-1871)**

- Vorbild für späteres deutsches Kaiserreich
- konstitutionelle Monarchie, Bundesstaat unter Hegemonie Preußens
- erbliches Bundespräsidenten-Amt, Oberbefehl Militär bei Wilhelm I., Bundeskanzler Bismarck
- Länderkammer: Bundesrat mit Vertretern (von Regierung ernannt) Bundesstaaten, Dominanz Ps
- Volksvertretung: Reichstag: allgemeines, gleiches, direktes Männerwahlrecht
- Legislative: Mehrheitsbeschlüsse von Bundesrat und Reichstag
- Möglichkeit des Beitritts der süddeutschen Staaten

## **Weg zum deutsch-französischen Krieg (1870)**

- Wunsch Napoleon III. nach Gebietsgewinn → süddeutsche Staaten schlossen geheimes Verteidigungsbündnisse mit Preußen
- Streit um spanische Thronkandidatur: Angebot des Thrones an Prinzen aus dem Hause Hohenzollern-Sigmaringen (Nebenlinie der preußischen Königsfamilie) → Angst Frankreichs vor einer Umklammerung
- Verzicht des Prinzen wurde als Niederlage Preußens gewertet → Napoleon III. wollte Triumph voll ausspielen und forderte von Wilhelm als Chef des Hauses Hohenzollern den Verzicht auf alle Zeiten

- Bismarck kürzte und formulierte die Antwort um (Emser Depesche) vermeintlich klare Absage → Kriegserklärung Frankreichs (Prestige und Eindämmung preußischen Machtstrebens)
- Kapitulation des französischen Heeres innerhalb von 2 Monaten
- dritte Republik in Frankreich
- Verlust Elsaß-Lothringen an Preußen → Widerstand in der Bevölkerung (bspw. *März - Mai 1871* – gründete die Stadtbevölkerung eine “Pariser Kommune”, die in zweimonatigen bürgerkriegsartigen Kampf niedergeschlagen wurde)
- Gründung des Deutschen Reiches im Schloss von Versailles 18.1.1871 → neue Zentralgewalt unter preußischer Führung, Wilhelm I wurde Kaiser → Nationale Hochstimmung in der Bevölkerung

## Kulturkampf (ab 1871)

- Kampf gegen Zentrum (Vertreter Kirche in Politik - gegen katholische Kirche)
- Zentrum = Reichsfeind
- Verteidigung des Staates → Staat hat Vormacht
- Machtkampf zwischen König- und Priestertum

## Bismarcks Bündnispolitik

- Nach der Reichseinigung führt eine weitere Machtsteigerung unmittelbar zu Krieg in Europa → Bündnisse
- Grundgedanke: keine weitere territoriale Ausdehnung
- Situationsbezogene, flexible Politik, nicht starr
- Weltpolitische Konstanten einkalkulieren: Rivalität zwischen Großbritannien und Frankreich / Russland, Russland und Österreichsterreich auf dem Balkan
- Besondere Gefährdungen: Mittellage Deutschlands und Konflikt mit Frankreich → Deutschland als Vermittler und Partner in Europa → Interessenskoalitionen ausspielen und so Frankreich isolieren

### Bündnisse:

- **1873 - 1881 Dreibund mit Österreichsterreich und Russland :** gemeinsames Vorgehen bei Angriff einer anderen Macht ( Frankreich)
- **1879 - 1918 Zweibund mit Österreichsterreich:** Hilfe gegen russischen Angriff, Neutralität bei Angriff anderer Macht

- **1881 - 1887 Drei-Kaiser-Bündnis mit Österreichsterreich und Russland:** gegenseitige Neutralität im Kriegsfall
- **1882 - 1914 Dreibund mit Österreichsterreich und ITA :** gegenseitige Hilfe bei Angriff Frankreichs
- **1887 - 1890 Rückversicherungsvertrag mit Russland:** Neutralität bei Angriffen, deutsche Unterstützung der russischen Meerengeninteressen (geheim)

## Kolonialismus wird zum Imperialismus

### Ursachen und Ziele

- Industrielle Revolution und Nationalismus
- Ausdehnung der wachsenden Wirtschaft (Rohstoffe, Absatzmärkte, Kapitalanlagen)
- Versuch von sozialen und innenpolitischen Problemen abzulenken

### Machtpolitische Ziele

- **Deutschland:** Sicherung der Machtstellung (*1871*), Weltmachtstellung (ab *1890*)
- **Frankreich:** Wiedererlangen der alten Machtstellung
- **Österreichsterreich:** Suche nach starkem Partner (Deutschland) um Vielvölkerstaat zu erhalten
- **Russland:** Mehr Einfluss im Balkan (Krim-Niederlage *1856*)
- **Großbritannien:** Erhalt des europäischen Gleichgewichts

### Herrschaftsformen

- “Handel und informelle Herrschaft wenn möglich, Handel und direkte Herrschaft wenn nötig” – Gallagher/Robinson
- Direkte Herrschaft: Annexion, Entmachtung bisheriger Machthaber, Einsatz eigener Regierung, Schutz durch Militär (Beispiel: Afrika)
- Indirekte Herrschaft: Abschluss ungleicher Zwangsverträge, Nutzung ökonomischer Vorteile ohne hohe Verwaltungskosten (Beispiel: China)

## Rechtfertigungsideologien

- **Nationalismus:** Rang und Größe = Weltmachtstellung (Kolonien) + Prestigedenken

- **Rassismus und Sozialdarwinismus:** Kampf ums Dasein, Recht des Stärkeren, weiße Rasse steht über der farbigen Rassen (biologische Überlegenheit)
- **Zivilisatorisches Sendungsbewusstsein:** weiße Kulturvölker hätten erzieherischen Auftrag “unzivilisierte Naturvölker” Glaube, Kultur und Fortschritt beizubringen

## Deutscher Imperialismus

- Beginn erst nach Reichsgründung, meiste Kolonien in Afrika, Pazifik unter Bismarck als “Schutzherrschaften” obwohl “defensive Ausrichtung”
- **Gründe:**
  - Privatinitiative deutscher Kaufleute in Übersee: Karl Peter, Adolf Lüderitz
  - ökonomische Entlastung (Wirtschaftskrise)
  - innenpolitischer Druck durch koloniale Interessenverbände: Alldeutscher Verband
  - Bestreben Herrschaftssystem zu stabilisieren (soziale Frage, Kulturkampf)
- *Oktober 1904:* Völkermord an den Herero – Lothar von Trotha
- **Weltmachtpolitik ab 1890:**
  - Wilhelm II. übernimmt die Macht, nach der Entlassung Bismarck → offensives Weltmachtstreben (“Platz an der Sonne”)
  - Aggressive, gegen Großbritannien gerichtete Flottenpolitik
  - Propaganda nationalistischer, völkischer Verbände
  - Okkupation Kiautschou (Ostchina), Beteiligung an Niederwerfung Boxeraufstand

## Isolierung Deutschlands

- **Bismarcks Bündnisse:** kompliziert, auf Sicherheit angelegt, Zwei-Fronten-Krieg (F + R) vermeidend passte Wilhelm II nicht → freie Hand → Kündigung Rückversicherungsvertrag mit R (Unvereinbar mit Dreibund)
- **Außenpolitische Isolation Deutschlands (aus Deutscher Sicht):** Einkreisung) durch Triple Entente (Großbritannien, Frankreich, Russland – bis 1907) gegenüber Dreibund (Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien)



## Erster Weltkrieg (1914-1918)

- Deutschland ignoriert Großbritanniens imperialistische Bestrebungen und Selbstverständnis als führende Macht
- **1898::** Deutschland betreibt Flottenbau () und gefährdet so Großbritanniens “Two-Power-Standard” / “Balance of Power”
- Wilhelm II dringt in Großbritanniens Interessengebiet Orient/Indien ein – Bau der Bagdadbahn (1899/1903) → Deutschland isoliert sich zunehmend
- Nur noch Österreich-Ungarn als zuverlässigen Bündnispartner
- Deutschland kündigt Bündnis mit Russland auf und geht keine weiteren Bündnisse ein
- **1898:** Faschodakrise – Großbritannien und Frankreich grenzen Interessensphären ab
- **1899:** Sudanvertrag – Großbritannien und Frankreich: grenzen ihre Interessensphären in Zentralafrika ab
- **1904** Entente Cordiale Großbritannien und Frankreich: Interessenausgleich in Afrika
- **1907 informelle Erweiterung:** Triple Entente – Interessenausgleich Großbritanniens und Russlands in Asien

## Ursachen des Ersten Weltkriegs

- imperialistische Konkurrenz
- Weltmachtstreben
- Wettrüsten
- Deutsche Flottenpolitik
- Veränderte Bündnislage
- Balkankrise / Julikrise → Österreichs Politik: Serbien muss verkleinert werden, Nordalbanien muss eingenommen werden, Krieg unausweichlich → Zurückdrängen des serbischen Nationalismus und Stärkung eigenen Großmachtstatus – ganz oder gar nicht
- Nach Tod des Erzherzogs ist der Weg für einen Krieg frei → Deutschland wird als starker und zuverlässiger Partner bereit stehen

## Chronik des Kriegsausbruchs

- **28.6.1914:** Ermordung des Österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Frau in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo durch Mitglieder der nationalistischen Geheimorganisation “Schwarze Hand”
- **5./6.7.1914 Blankocheck:** Deutschland sichert unbedingte Bündnistreue zu. Blankovollmacht sollte Russland abschrecken (Russland war zu der Zeit mit Serbien verbündet) und sollte Russlands Kriegswillen prüfen

- **Politik Deutschlands:** Unterstützung eines lokalen Krieges Österreichs gegen Serbien → Stärkung des Partners Österreich
- Lokalisierung des Krieges aufgrund vermeintlicher Schwäche Russlands und Desinteresse Frankreichs und Großbritanniens
- **23.7.1914 Ultimatum Österreichs an Serbien:** Serbien solle die Schuldigen des Mordes bestrafen und anti-österreichischen Umtriebe bekämpfen
- **28.7.1914:** Serbien erklärt sich mit Bedingungen einverstanden, Österreich erklärt aber dennoch den Krieg
- Russland beginnt als Verbündeter Serbiens mit der Mobilisierung der Streitkräfte
- Das Deutsche Ultimatum an Russland, dass Russland die Teilmobilisierung stoppen soll, bleibt unbeantwortet → Kriegserklärung an Russland
- **01.08.1914:** Ultimatum an Frankreich das zur Neutralität auffordert bleibt unbeantwortet → Kriegserklärung an Frankreich – *03.08.1914*
- Deutschlands Vorwärtsverteidigung bringt den “Schlieffen-Plan” mit sich: Umgehen der französischen Verteidigungslinie über das neutrale Belgien. Dies wurde von Belgien als internationaler Rechtsbruch angesehen, woraufhin Großbritannien Deutschland den Krieg erklärte – *04.08.1914*

## Kriegsziele Deutschlands

- **In Bezug auf Frankreich:**
  - Gebietsabtretungen
  - Handelsvertrag der Frankreich in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland bringt
  - Kriegs Entschädigungszahlungen die Frankreich für die nächsten 20 Jahre erheblich schwächen → Schwächung Frankreichs
- **In Bezug auf Belgien:**
  - Belgien soll ein Vasallenstaat werden
  - Besatzungsrecht auf Hafenplätze und Küste
  - Belgien = Wirtschaftliche Provinz Deutschlands
- **In Bezug auf Luxemburg:**
  - Luxemburg soll neuer deutscher Bundesstaat werden
- **In Bezug auf Holland:**
  - Deutschland will ein engeres Verhältnis schaffen
- **In Bezug auf R:**
  - Deutschland möchte Russland von den Grenzen verdrängen

- **Andere Ziele:**

- Gründung eines mitteleuropäischer Wirtschaftsverbands unter deutscher Führung
- Erwerb eines mittel-afrikanischen Kolonial Bereiches
- Weltmachtstellung (“Platz an der Sonne”)
- Hegemonialmacht

## Kriegsziele Russlands

- Deutschlands Anspruch auf militärische und politische Herrschaft brechen
- Territoriale Veränderungen werden durch Grundsatz der Nationalitäten bestimmt
- Frankreichs Aneignung von Elsass-Lothringen
- Belgien erhält bedeutenden Gebietzuwachs
- Schleswig-Holstein zurück an Dänemark
- Österreich wird dreiteilige Monarchie: Österreich, Böhmen, Ungarn
- Gebietzuwachs Serbiens
- Großbritannien, Frankreich und Japan teilen sich deutsche Kolonien
- Kriegs Kontribution-Zahlungen von Österreich und Deutschland
- Politische Schwächung Deutschlands, Neuordnung Europas

## Kriegsziele Frankreichs

- Berichtigung kolonialer Grenzen in Afrika
- Rückgabe Elsass-Lothringen an Frankreich
- Rückgabe Schleswig und Holstein an Dänemark
- Wiederherstellung des Königreichs Hannover
- Schwächung Preußens militärisch und politisch
- Für Russland: Freiheit der Meerengen und genügende Garantien in dieser Hinsicht
- Vernichtung des Deutschen Reichs
- Zerstörung militärischen und politischen Machtstellung Preußens

## Totalisierung des Krieges

- Mobilisierung aller verfügbaren Kräfte → Keine Trennung von Militär- und Zivilbereich mehr
- **Frauen ebenfalls in Krieg integriert:** in Rüstungsfabriken oder an Arbeitsplätzen ihrer Männer
- Luftkrieg richtete sich ebenfalls gegen Zivilbevölkerung

- **Industrialisierung als Grundlage:** “totale Mobilisierung” möglich → Inanspruchnahme aller gesellschaftlichen und materiellen Ressourcen
- Materialschlachten und Stellungskriege, 74 Millionen Soldaten
- Neuartige Waffen: Maschinengewehre, Handgranaten, Mienen, Giftgas, U-Boote, Panzer, Bombenfugzeuge
- Großbritannien errichtet Kriegs entscheidende Seeblockade gegen Deutschland (Verhinderte die Einfuhr von Rohstoffen)
- **Ab dem 22.2.1915:** uneingeschränkter U-Boot Krieg

## Auswirkungen des Krieges auf die Heimat

- “Burgfrieden” von Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen
- Militärbehörden lenkten die Wirtschaft
- Frauen arbeiteten in Rüstungsfirmen
- **Ab 1916:** Arbeitspflicht für alle nicht eingezogenen Männer
- **Winter 1916/17:** Mangel an Brot, Kartoffeln und Brennmaterial
- hohe Verschuldung
- Später Geld-Druck hat stark-inflationäres Potential

## Das Epochen Jahr 1917

- **Erster Weltkrieg:** Weltumspannender Krieg
- Kein Friedens Wunsch → Wiederbeginn uneingeschränkter U-Boot Krieg, Torpedofreigabe
- Kriegsführung des Industriezeitalters: Massenproduktion von Waffen
- **06.04.1917:** Kriegseintritt USA (– als Reaktion auf den uneingeschränkten U-Boot-Krieg)
  - Dritt stärkste Flotte
  - 14-Punkte-Programm
- Erstes Eingreifen außereuropäischer Macht in Europa (→ Weltkrieg)
- **Oktoberrevolution in Russland:** Erste Errichtung eines sozialistischen Systems
- Aufstieg Russlands führt zur:
  - Veränderung der weltpolitische Lage (→ Im Kontrast: USA steigt zur Weltmacht auf)
  - Beginn von ideologischen Konfrontationen in der Welt
  - Schwächung der deutschen Stellung in der Welt

## Novemberrevolution

- **28.10.1918:** Beginn der Meuterei in der Hochseeflotte in Wilhelmshafen nach Befehl zum erneuten Ausrücken, Krieg ist bereits verloren und Matrosen sollen nur noch zur Ehre ausrücken
- Revolution greift auf Berlin über → Forderung nach Rücktritt des Kaisers
- **09.11.1918:** Reichskanzler Max von Baden gibt eigenmächtig Abdankung des Kaisers bekannt → Übergabe des Reichskanzleramts an den MSPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert
- **09.11.1918:** Philipp Scheidemann ruft vom Reichstag die Deutsche Republik aus, Karl Liebknecht (Spartakus) proklamiert vom kaiserlichen Schloss die sozialistische Republik (Rätesystem nach russischem Vorbild)
- **10.11.1918:** Bildung provisorische Reichsregierung (MSPD, USPD) aus je drei Vertretern “Rat der Volksbeauftragten” → bürgerkriegsähnliche Straßenkämpfe um Systemfrage
- **10.11.1918:** Bündnis OHL und Regierung gegen sozialistische Revolution
- **28.11.1918:** Abdanken Wilhelm II im holländischen Exil
- **20.12.1918:** Beschluss zu Wahlen zu einer Nationalversammlung, Ablehnung des Rätesystems → Austritt USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten

## 14 Punkte Programm von Woodrow Wilson (8.1.1918)

- Prinzipien für die Friedensordnung nach dem ersten Weltkrieg
- Öffentliche Friedensverträge, Politik und Diplomatie (Abschaffung der Geheimdiplomatie)
- Freiheit der Handelswege und der Wirtschaft
- Räumung besetzter Gebiete
- Autonomie / Souveränität ehemals unterdrückter Völker
- De-Kolonialisierung (in Ansätzen)
- Schaffung eines Völkerbundes (als Friedensgarantie)
- Friedliche Weltordnung / Kooperation
- Selbstbestimmungsrecht der Völker
- Liberale, demokratische Grundsätze

## Das Ende des Krieges

- **08.01.1918:** 14 Punkte Programm
- **März - Juli 1918:** Deutsche Offensive im Westen, um vor dem Eintreffen der Amerikaner eine Entscheidung zu erzwingen scheitert

- **Juli - September 1918:** Gegenstoß der Alliierten: Panzer-Angriff der Briten durchbricht deutsche Front → die Deutschen müssen aus Nord-Frankreich und dem westlichen Belgien abziehen
- **14.08.1918:** Ludendorff erklärt dem Kaiser und der Reichsregierung die Unmöglichkeit den Krieg noch zu gewinnen und fordert Aufnahme von Verhandlungen
- **28.09.1918:** Hindenburg und Ludendorff fordern Regierung auf Waffenstillstandsgesuch an Wilson zu richten
- **03.10.1918:**
  - Bildung einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung unter dem Prinzen Max von Baden sowie eine Sendung der Bitte um Waffenstillstand an Wilson (Waffenstillstandsgesuch)
  - Bildung parlamentarische Regierung um Wilson als Verfechter der Demokratie zum Waffenstillstand zu bewegen
- **23.10.1918:** Waffenstillstands Gesuch wird akzeptiert → Waffenstillstandsangebot der USA
- **3.11.1918:** Waffenstillstand zwischen Österreich und den Alliierten
- **1.11.1918:** Deutschland schließt Waffenstillstand von Compiègne – Verhandlungsführer war Matthias Erzberger
- Räumung aller besetzten Gebiete
- Besetzung des Rheinufer durch die Alliierten
- Abgabe von schweren Waffen und Rüstungsmaterial
- Deutschland verpflichtet sich die Schäden des Krieges zu ersetzen
- Wiederaufnahme des Krieges seitens der Alliierten ist jeder Zeit möglich, während Deutschland auf Streitkräfte und militärische Mittel verzichtet
- Neues demokratisches System (Volksvertretung) als Grundlage für Verhandlungen

## Versailler Vertrag (28. Juni 1919)

### Gebietsverluste

- Elsass-Lothringen an Frankreich → Wiederherstellung der *Grenzen von 1871*
- Verzicht auf das Gebiet Danzig und der Weichselmündung (Autonomie)
- Westpreußen, Posen und Oberschlesien gehen an Polen
- Nordschleswig geht an Dänemark
- Memelgebiet geht an Litauen
- Deutschland muss alle Kolonien abtreten

## Reparationen

- Frankreich erhält Kohlegruben im Saarbecken
- 226 Milliarden Goldmark in 42 Jahresraten
- Sachlieferungen (Kohle, Handelsschiffe, Maschinen etc.)
- Auslieferung des Kriegsmaterials

## Souveränitäts-Beschränkungen

- Anerkennung Polens Souveränität
- Deutsches Heer wird von Alliierten beschränkt → Wehrpflicht wird abgeschafft
- Deutsches Gebiet westlich des Rheins einschließlich Brückenköpfe werden für 15 Jahre besetzt

## Abrüstung

- Befestigungen am Ufer des Rheins sind untersagt
- Heer: nicht mehr als sieben Infanterie-Divisionen, drei Kavallerie-Divisionen, nicht mehr als 100 .000 Soldaten, nicht mehr als 4000 Offiziere Kriegsschuld:
- Wilhelm II: schwerste Verletzung internationaler Moral und Heiligkeit der Verträge → Angeklagt
- Personen die gegen das Kriegsrecht handelten → Angeklagt → Deutschland und Verbündete sind Urheber aller Verluste und Schäden
- **18.01.1919:** Eröffnung der Friedensverhandlungen in Versailles
- **07.05.1919:** Übergabe der Friedensbedingungen
- **29.05.1919:** Gegenentwurf
- **16.06.1919:** Abschlägige Antwort, Ultimatum
- **28.06.1919:** Unterzeichnung des Vertrages

## Weimarer Republik

- Selbstdarstellung und Grundhaltung der Weimarer Republik:
- entehrt und entmündigt durch Versailler Vertrag
- Verschleierung politischen und militärischen Versagens im Krieg → Schuld: "Novemberverbrecher"
- Grundhaltung sozialdemokratisch, linksliberal, katholisch
- parlamentarische Demokratie (Abgrenzung sozialistische Räte-demokratie russisches Vorbild)
- Ziele (Zur Stabilisierung der Republik):

- Geringe Reparationszahlungen
- Ruhrkampf
- Überwindung der wirtschaftlichen und politischen Krise
- Währungsreform
- Unterdrückung von Putschversuchen

## Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung (19.1.1919)

- **Regierung der Weimarer Koalition:** MSPD (37,9 %) mit Zentrum (19,7%) und der DDP (18,5%)
- **Ministerpräsident:** Philipp Scheidemann (MSPD)
- **Reichspräsident:** Friedrich Ebert (MSPD)

## Verfassung

- Demokratisch-parlamentarisches System
- Volkssouveränität
- Gewaltenteilung
- Demokratisches Wahlrecht (fehlende Rechtsverbindlichkeit)
- Grundrechtskatalog (fehlende Rechtsverbindlichkeit)
- Volksbegehren und Volksentscheid
- Starke Stellung Reichspräsident (gegebenenfalls Kontrolle der Gewalten: "Ersatzkaiser" (→ Notverordnungen nach Art. 48)
- schwache Reichsregierung: Art. 25 (Auflösung Reichstag - RP) + Art. 48 (Notverordnungen - RP)
- Verhältniswahlrecht ohne Sperrklausel (5%) → Zersplitterung der Parteienlandschaft Reichstag

## Erste Phase: Schwieriger Beginn (1919 - 1923)

- Bildung Freikorps, die sich nicht mit der Niederlage Deutschlands abfinden konnten
- **06. - 15.01.1919:** Kommunistische Aufstände z.B. Spartakusaufstand (USPD und KPD)
- **15.01.1919:** Ermordung Liebknecht und Luxemburg durch Freikorps-Soldaten
- **Dolchstoßlüge:**
  - *Inhalt:* OHL (Hindenburg und Ludendorff) behaupteten Linke (Sozialdemokraten, Zentrum) hätten mit Novemberrevolution "unbesiegt Heer von hinten erdolcht"



- *Intention:*
  - \* Diffamierung der tragenden Kräfte der Novemberrevolution
  - \* Schuldzuweisung der Niederlage im Ersten Weltkrieg
  - \* Propaganda-Instrument der Rechtsradikalen und Reaktionären
  - \* Aufrechterhaltung des positiven Bildes der Leistungsfähigkeit des deutschen Heeres und seiner Führung
  - \* Destabilisierung des politischen Systems und Delegitimierung seiner Regierung
- *Richtet sich gegen:*
  - \* Sozialdemokraten
  - \* Linke Judentum
  - \* demokratische Politiker
  - \* Beteiligte am Versailler Vertrag
  - \* Weimarer Koalition
- Zerfall der Weimarer Koalitionen → Erhöhung der Mandate der extremen Parteien
- **Kapp-Putsch:** Ein von Wolfgang Kapp und General Walter von Lüttwitz organisierter Putsch mit einem Freikorps gegen die Regierung in Berlin:
  - Ein Eingreifen der Reichswehr fand mit der Begründung “Truppe schießt nicht auf Truppe” nicht statt
  - Scheiterte am Widerstand der Ministerialbürokratie und Generalstreik
- Ermordung Matthias Erzbergers 1921 (Zentrum) und Walther Rathenau 1922 (DDP) durch Rechte wegen ihrer “Erfüllungspolitik”: Erfüllung des Versailler Vertrages

### Krisenjahr 1923

- Ursachen für die erfolgte Inflation
  - Kreditaufnahme seit 1914 zur Kriegs-Finanzierung
  - Preissteigerung in Folge von Warenknappheit
  - Kosten der Beseitigung von Kriegsschäden und Versorgung der entlassenen Soldaten und Kriegssopfer
  - Reparationen
- Durch Inflation: Anstieg des Geldbedarfs → Es wurde mehr Geld gedruckt und mehr Kredite aufgenommen → Währungsreform (15.11.1923 unter Gustav Stresemann: 1 Mio. Papiermark = 1 Goldmark; Ausgleich des Reichshaushalts)
- **Gewinner:**
  - Sachwertbesitzer

- private Schuldner
- **Verlierer:**
  - Besitzer von Geldvermögen
  - Rentner
  - Lohnempfänger

### **Ruhrkampf (Januar bis August 1923)**

- **Ende 1922:** Deutschland ist bei Sachlieferungen an Frankreich und Belgien in einen Rückstand geraten
- **11.1.1923:** Besetzung französischer und belgischer Truppen im Ruhrgebiet als “produktives Pferd”
- **13.1.1923:** Deutschland stellt Reparationszahlungen ein und ruft zum passiven Widerstand auf → Folge: Wirtschaftskrise, Hyperinflation wegen vermehrter Banknotenausgabe
- **26.9.1923:** Neue Regierung unter Stresemann bricht Ruhrkampf ab

### **Hitlerputsch (08./09.11.1923)**

- Adolf Hitler ist Vorsitzender der neu gegründeten NSDAP
- Hitler erklärt bayrische Reichsregierung für abgesetzt
- keine Unterstützung durch Polizei und Reichswehr → Putsch scheitert → Hitler wird inhaftiert

### **Zweite Phase: Stabilisierung(1924 - 1928)**

- Wirtschaftliche Besserung
- Schrittweise Lösung der Reparationszahlungen
- Politische Gewaltakte gingen zurück
- Radikale Parteien verloren bei Reichstagswahlen
- Kulturelle Blüte

### **Außenpolitik**

- Stresemann geht von der strikten Ablehnung des Versailler Vertrags zur Verständigung über
  - Ziele:
    - \* Aussöhnung mit Frankreich
    - \* Internationale Friedenssicherung
    - \* Lösung des Reparationsproblems

- \* Räumung des Rheinlands
- \* Korrektur der Ostgrenze
- **16.04.1922:** Vertrag von Rapallo (Deutschland und Russland) – Verzicht auf Reparationen
- **16.10.1925:** Vertrag von Locarno (Deutschland, Frankreich, Belgien, Preußen, und Tschechien) – Unverletzlichkeit der Grenzen, Entmilitarisierung Rheinland, Verzicht Elsass-Lothringen
- **24.02.1926:** Berliner Vertrag – Deutschland und UdSSR schließen Freundschafts- und Neutralitätsvertrag
- **08.-10.09.1926:** Aufnahme von Deutschland in den Völkerbund
- **Minderung der Reparationen:** Young-Plan – Deutschland soll bis 1988 34,5 Milliarden Goldmark zahlen

### Innenpolitische Entwicklung

- **26.04.1925:** Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten
- **Die “Goldenen Zwanziger”:** freiere Lebensweisen (Emanzipation), Amerikanisierung durch Importe aus den USA, Verbreitung moderner Kommunikationsmittel

### Dritte Phase: Auflösung (1930-1933)

Weltwirtschaftskrise(1929-1933) • “schwarzer Freitag” (25.10.1929) → rapider Kurssturz an der Börse in New York → Zusammenbruch des Finanzmarktes → Banken forderten die Rückforderung kurzfristiger Kredite → Exportierte die Krise zu einer Weltwirtschaftskrise → Beispielloser weltweiter Niedergang von Industrie und Handel → Bedeutung für D: Produktionsrückgang, Lohnkürzungen, Kurzarbeit, explosiver Anstieg der Arbeitslosenzahlen → Zulauf zu extremen Parteien → “Republik ohne Republikaner”Präsidialkabinette und Aufstieg NSDAP • Scheitern der großen Koalition (März 1930) an Streit um Erhöhung der Arbeitslosenversicherung → von SPDDeutschlandund DDP angesichts der Wirtschaftskrise abgelehnt • Präsidialkabinette entstanden: Gestützt auf die Vollmacht des RP, regierten die RK Brüning, von Papen und von Schleicher mit Minderheitskabinetten ohne bzw. gegen das Parlament mittels der Art. 48 (Notverordnungen) und 25 (Reichstagsauflösungen) • Brüning als RK der ersten Präsidialregierung wollte die Wirtschaft sanieren → Defationspolitik Heinrich Brüning • US Wirtschaftskrise schwappte nach Europa über, da die USA kurzfristige Kredite zurückforderte → Diese waren langfristig an Unternehmen weitergegeben um die Wirtschaft anzukurbeln → Es drohten riesige Schulden wie nach dem ersten Weltkrieg • Ausweg Defationspolitik, Dh. Aufwertung des Geldes(Geldwertsteigerungspolitik) → radikale Kürzung der Staatsausgaben und Erhöhung der Steuern (Bedeutete Erhöhung der Arbeitslosenzahlen, da alle Staatsinvestitionen aufgegeben wurden), Kürzung der Löhne und

Kürzung Gehälter und Unterstützungsleistungen → Finanzprogramm wurde vom Reichstag abgelehnt → Notverordnung nach Art. 48 → Stopp der Notverordnung durch SPD Deutschland nach Art. 48 → Auflösung des Reichstags nach Art. 23 → Neuwahlen 15.9.1930: radikalen Parteien erhebliche Gewinne

- Es konnte keine Mehrheit mehr gebildet werden, SPD Deutschland wagte keinen Stopp der Notverordnungen aus Angst vor dem Zugewinn der radikalen Parteien → Notverordnungen Brüning führten seine Politik fort und es entstand eine parlamentarisch tolerierte Präsidialregierung/Präsidialdiktatur
- Deflationspolitik sorgte zwar für solide Staatsfinanzen, für die Wahrung der Währungsstabilität und einen Aufschub und Abschluss/Streichung (1932) der Reparationen aber auch für eine hohe Arbeitslosigkeit (Bis 1932 auf 6 Millionen) und die Verschärfung des innenpolitischen Kampf vor allem durch paramilitärischen Organisationen wie SA, SS
- Gründe waren Angst vor erneuter Inflation (wie im Jahr 1923) und sein Glaube an den Rückgang der Arbeitslosigkeit durch generelle wirtschaftliche Erholung und nicht durch gezielte Maßnahmen
- Brüning wollte zeigen, dass Deutschland nicht in der Lage ist weiterhin Reparationen zu zahlen
- Weg: Steuererhöhungen, Kürzung der Löhne, Gehälter und Unterstützungen → Verminderte Kaufkraft und Nachfrage nach Gütern → Zusammenbruch Betriebe und Anwachsen Arbeitslosigkeit → Deutschland kann die Reparationszahlungen nicht zahlen
- Am 30.5.1932 trat Brüning zurück, weil der im April wiedergewählte RP Hindenburg (10.4.1932) ihm sein Vertrauen entzog
- 1930 Straßenschlachten von Nationalsozialisten und Kommunisten (Verfügten über militärische Kampfverbände) → Gründung Harzburger Front und Eiserner Front Präsidialkabinette unter Papen
- “Kabinett der nationalen Konzentration” (1.6.1932) → Einbindung der Nationalsozialisten in die Regierung
- “Zähmung” der NSDAP durch eine Wende nach rechts: Aufhebung Verbot der SA und SS (13.4.1932 SA, 14.6.1934 SS)
- “Preußenschlag” (20.7.1932): Absetzung der Weimarer Koalition in Preußen, Papen wird von Hindenburg zum Reichskommissar ernannt
- 12.9.1932 Auflösung des Reichstags nach Vertrauensentzug gegenüber von Papen
- 17.11.1932 Rücktritt von Papen
- 3.12.1932 Kurt von Schleicher wird RK
- 4.1.1933 Gespräch Papen, Hitler über Hitlers Kanzlerschaft, Mobilisierung Kampagne gegen Schleicher
- 28.1.1933 Vertrauensentzug Schleicher durch Hindenburg → Rücktritt
- 30.1.1933 Ernennung Hitler zum RK Scheitern der Weimarer Republik Verfassung
- Stellung des Reichspräsidenten §48
- keine Hürde für Parteien
- schwache Reichsregierung innerhalb der Verfassung
- Präsidialdiktatur
- Dolchstoßlegende
- Sozialdemokraten und Zentrum verrieten Deutschland → Deshalb Niederlage
- Schuldzuweisung
- Destabilisierte das politische System
- Versailler Vertrag
- Reparationen
- Kriegsschuldfrage
- Gebietsabtretungen Parteiensystem
- Viele Parteien (ähneln sich im Programm)
- Regierung bildeten kleine Parteien
- Radikale werden immer stärker
- Keine gute Kooperationsbereitschaft Wirtschaft
- Inflation
- Währungsreform
- Weltwirtschaftskrise
- Erfüllungspolitik
- Ruhrkampf
- Deflationspolitik Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945 Machtergreifung radikale Umformung des Staates, Ausschaltung politischer Gegner, Übernahme alleinige Macht scheinlegale Grundlage:
- Reichstagsbrandverordnung (28.2.1933): Aufhebung

Grundrechte, Eingriffsmöglichkeit des Reichs in Landeshoheit (Reichstagsbrand 27.2) • Ermächtigungsgesetz (23.3.1933): Entmachtung des Parlaments, Übertragung Legislative auf Exekutive Maßnahmen (Machtergreifung und Gleichschaltung) • Verfolgung und Inhaftierung politischer Gegner (KPD, SPD) • bedingt, freie Neuwahlen (5.3.1933) → NSDAP 44% • “Tag von Potsdam” (21.3.1933) • Gleichschaltung der Länder, Einsetzung von Reichsstatthaltern (April 1933) • Entlassung jüdischer und oppositioneller Beamter (Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums - 7.4.1933) • Beseitigung der Gewerkschaften und Gründung der “Deutschen Arbeitsfront” (2.5.1933) • Verbot bzw. Selbstauflösung der Parteien (Juni/Juli 1933) → “Gesetz gegen die Neubildung von Parteien” (14.7.1933) • Ausschaltung SA und innerparteilicher Rivalen (“Röhm-Putsch 30.6.1934) • Tod Hindenburg (2.8.1934) → Hitler = RK + RP → Führer und Reichskanzler Ideologie des Nationalsozialismus • Rassismus und Sozialdarwinismus • Antisemitismus • Führerprinzip • völkisches Denken („Volksgemeinschaft“) • “Lebensraum” => Ersatzreligion Umsetzung von Führerstaat und Volksgemeinschaft • trotz Hierarchie Rivalitäten und Kompetenzstreitigkeiten → Polykratie, Führerbefehl letzte Instanz • totale Erfassung der Gesellschaft: • SA, SS • HJ, BDM, NS-Frauenschaft, Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund • Berufsverbände: NS-Lehrerbund, NS-Ärztebund, NS-Juristenbund, NS-Kraffahrerkorps • Zensur (Kunst, Literatur, Musik) und Propaganda (Rundfunk und Presse) • Deutsche Arbeiterfront (DAF): Führerprinzip, Zusammenschluss von Arbeitgeber/Arbeitnehmern: Betriebsleiter (Führer), Belegschaft (Gefolgschaft) • Kraft durch Freude (von DAF): politisch kontrollierte Freizeitgestaltung (Reisen, Sport- Kulturveranstaltungen) • Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) und Winterhilfswerk: Fürsorgeorganisationen (rassistische, politische Kriterien) Wirtschaftspolitik Hauptziele: Arbeitsbeschaffung, Autarkie, Aufrüstung für zukünftigen Krieg • Reduzierung Deutschlands Arbeitslosigkeit: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Bau von Deichen, Autobahnen), halbjährige Arbeitsdienstplicht, allgemeine Wehrpflicht, Kriegsvorbereitungen → Wachstum Rüstungsindustrie • Arbeitslose: 1933 6M - 1938 0,4m • Rüstung und Autarkie: Vierjahresplan 1936: deutsche Wirtschaft kriegsbereit • Maßnahmen: Planung und Lenkung der Wirtschaft (Rohstoffzuteilung, Steuerung von Investitionen und Arbeitseinsätzen) • Finanzierung: Verschuldungs- und Inflationspolitik, verschleiert durch Mefo-Wechsel => kapitalistische Privatwirtschaft aber lenkendes Eingreifen in Wirtschaft und Arbeitsmarkt Außenpolitik bis 1939 • öffentlich propagierte Revision des Versailler Vertrags • zielte hauptsächlich auf Gewinnung “neues Lebensraums” • November 1937: Hitler eröffnet Oberbefehlshabern der Wehrmacht Kriegs- und Eroberungspläne (Osteuropa und UdSSR) - Hoßbach-Protokoll • europäischen Mächte: zögernd, abwartende Reaktionen, verbaler Protest - weil: • wirtschaftliche Schwäche (F, Großbritannien) durch Weltwirtschaftskrise • Rüstungsrückstand gegenüber D • Verständnis für Forderungen Deutschlands nach Revision VV (Appeasement Policy Großbritannien) • Konflikte in den Kolonien (Großbritannien - Indien, Palästina) • erhebliche Schwächung der Roten Armee (Säuberungen im Offizierskorps) Terror, Unterdrückung und Vernichtung Nazi-Herrschaft beruhte

im Kern auf Unterdrückung Andersdenkender, vermeintlich minderwertigen, politischen Gegnern und Juden • KZ: 1933 zur Inhaftierung politischer Gegner erbaut → Auschwitz • Gestapo: 1933 gegründet (politische Gegner), 1939 mit SiPo, SDeutschlandins “Reichssicherheitshauptamt” eingegliedert • SS: 1925 als “Elitegruppe” zum Schutz Hitlers gegründet, ursprünglich Teil der SA, ab 1929 unter Himmler, 1934 selbstständig, Kontrolle Bevölkerung, Bewachung KZ’s • Verfolgung und Vernichtung Juden: 1. Boykottaktionen und Diskriminierung 2. Entrechtung und Ausgrenzung 3. Deportation (KZ und Arbeitslager) 4. Fabrikmäßiger organisierter Massenmord in Vernichtungslagern Widerstand kein einheitlicher, starker Widerstand: zu heterogene Gruppen und Motive, zu schwacher Rückhalt in Bevölkerung, Formen zu verschieden • Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaften: zunächst offen, dann Untergrund oder Exil • Kirchen: “Bekennende Kirche” (EVA), Kritik an Nationalismus und Euthanasie (KAT) • Jugendliche: “Weiße Rose”, “Swing-Jugend”, “Edelweißpiraten” • Bürgerliche Widerstandskreise: Schulze-Boysen/Harnack-Organisation: Weitergabe von Geheiminfos, Arbeit im Untergrund • Militärischer Widerstand: nach 1943 oppositionelle Haltung in Wehrmacht nahm zu → Stauffenberg- Attentat (Umsturzversuch) • Einzelgänger: Georg Elser fehlgeschlagenes Attentat 8.11.1939 im Bürgerbräukeller München WK II 1939-1941 große militärische Erfolge, Unterwerfung großer Teile Europas, nur Großbritannien kann Widerstand leisten • September/Oktober 1939: Polen, Eingliederung Danzigs, WestP’s, Posens und Oberschlesien ins Reich, Generalgouvernements (Krakau) für restliche Gebiete • April/Mai 1940: Besetzung Dänemarks und Norwegen • Mai/Juni 1940: Eroberung Belgien, Niederlande, F, Aufteilung F in Norden (besetzt) und Süden (Vichy-F) • August 1940: Beginn Luftschlacht Großbritannien (durchhalten dank Kriegsmateriallieferungen durch USA) • Anfang 1941: Krieg auf Balkan, Nordafrika (deutsche Erfolge), Besetzung Jugoslawiens und Griechenland 1941-1945 Kriegswende durch Einmarsch in UdSSR (→ Vernichtungskrieg= Ermordung kommunistischer Funktionäre, Juden, brutale Behandlung Kriegsgefangener und Zivilisten) und Kriegserklärung an die USA (1941) • deutscher Vormarsch in Stalingrad im Februar 1943 gestoppt, danach Vormarsch Rote Armee → April 1945 vor Berlin • Japanischer Luftwaffenangriff auf Pearl Harbour (7.12.1941) → Weltkrieg, USA immenses Wirtschafts- und Militärpotential • Sommer 1943: amerikanisch, britischer Luftkrieg gegen deutsche Städte und Industrieanlagen • Vertreibung deutscher Truppen aus Afrika, Landung USA und Großbritannien in Sizilien → Sturz Mussolini • Landung der Alliierten in der Normandie (6.6.1944) Befreiung F’s → Vorstoß bis zum Rhein • bedingungslose Kapitulation Deutschland 8.5.1945 Alliierte Kriegskonferenzen bereits während des Kriegs Verständigung (Anti-Hitler-Koalition) über gemeinsames Vorgehen und Behandlung Deutschlands nach Ende des Krieges • Atlantikcharta (12.8.1941): Roosevelt (USA) und Churchill (Großbritannien) Errichtung internationaler Friedensordnung unter vollständiger Entmilitarisierung von “schuldigen” Staaten → Grundlage der Erklärung der Vereinten Nationen (1.1.1942) • Treffen Roosevelts und Churchill in Casablanca (Jan 1943): Forderung: bedingungslose Kapitulation D, ITA,

JAP • Konferenz von Teheran: (Nov 1943) Aufteilung Deutschlands in Zonen, Westverschiebung UdSSR und Polen, Zweite Front (F) 6.6.1944, Anschluss Ö's außer Kraft gesetzt, Plan UNO Gründung • Konferenz von Jalta: Feb 1945: Bildung provisorischer, polnischer Regierung, Curzon-Linie als Ostgrenze Polens, F vierte Besatzungsmacht (eigene Zone), Einberufung Gründungskonferenz UNO • Potsdamer Konferenz: (Juli/Aug 1945) NordostP und Königsberg an UdSSR, Bestätigung Curzon-Linie, dafür ostdeutsche Gebiete an Polen (Oder-Neiße-Linie), Ausübung der Regierungsgewalt durch Siegermächte, Einteilung in Besatzungszonen, Bildung Allierter Kontrollrat (Oberbefehlshaber), vier D (Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung, Dezentralisierung), Übereinkunft über Demontage und Reparationszahlungen => Ergebnis der Konferenzen: Auslöschung Deutschlands als Völkerrechtssubjekt, territoriale Verluste (25% des Gebiets von 1937), Flucht und Vertreibung ca. 12 M Deutscher (Duldung/Zustimmung Westallierter) Bildung der Zonen Ost-West-Konflikt (1945-1989) Bruch in zwei gegnerische Blöcke nach der Oktoberrevolution 1917

UdSSR: Staatssozialistisch-diktatorische "Volksdemokratie", Kollektivismus, Planwirtschaft USA: parlamentarische Demokratie, Individualismus, Kapitalismus → ideologischer Gegensatz Zweckbündnis WK II gegen gemeinsamen Feind: faschistisches Deutschland und autoritär-imperialistisches Japan Bruch nach WK II → 2 Militär, Politik, Ideologie, Gesellschaft, Kultur und Ökonomie Machtblöcke "Blockfreie Staaten" zumindest indirekt beeinflusst Symbol und Herzstück Atombombe: Atomrüstung führte zu atomarem Patt militärischer Sieg nur um Preis der Selbsterstörung deswegen: Konflikt schlug nicht in direkte militärische Konfrontation um Herausbildung des Konfliktes (1943 - 1947)

Alliierten mussten nach WK II Neuordnung der Welt in Angriff nehmen USA und UdSSR waren zu führenden Weltmächten aufgestiegen → Beide Sieger WKII und leiteten daraus Anspruch auf führende Rolle in der Weltpolitik ab → Ansprüche beruhten auf gegensätzlichen Weltbildern und Zielvorstellungen wechselseitiges zunehmendes Misstrauen Streitfrage: territoriale Neuordnung Europas, besonders in Bezug auf Polen und Deutschland Konferenzen von Jalta und Teheran: Großbritannien wollte Deutschland als Bollwerk gegen Kommunismus erhalten, USA und UdSSR wollten Zerstückelung → Schwächung Deutschlands Westmächte hatten Verschiebung der Westgrenze Polens vorläufig akzeptiert Potsdamer Konferenz: UdSSR begann bereits in den von der roten Armee besetzten Ländern Fakten zu schaffen, begann bereits mit der Verschiebung der Westgrenze Polens Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen: führte zu Entwicklung divergierender gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Systeme USA ökonomische Stärkung durch WK II: Territorium von Kriegshandlungen verschont, Waffenlieferungen an Alliierte und eigene Rüstungen → wirtschaftlicher Aufschwung und Vollbeschäftigung; durch Kredite an Alliierte → größter Gläubiger; 3/4 der Goldreserven stärkste Machtposition: A-Waffen, Besetzung weite Teile Europas, Südostasien und Pazifik Nachkriegskonzept: Gestaltung pol. Weltordnung: Atlantik Charta (1941 Roosevelt) Vier Freiheiten: Selbstbestimmungsrecht der Völker, Garantie der Unabhängigkeit der Staaten, wirtschaftliche Gleichberechtigung, Verzicht auf territoriale Expansion "Open-door"-Prinzip: Ungehinderter

Zugang zur Weltwirtschaft "One-world"-Prinzip: kein Staat soll machtpolitische Interessensphären beanspruchen Gründung UN ("Vereinte Nationen") als modifizierte Nachfolgeorganisation des Völkerbundes UN-Charta unterzeichneten 50 Staaten und sie trat am 24. Oktober 1945 in Kraft fünf ständige Mitglieder im Sicherheitsrat: USA, Großbritannien, F, R, China) → Vetorecht Neuordnung internationaler Handelsbeziehungen: Konferenz Bretton Woods (1944) neue Handels- und Währungsordnung auf dem Prinzip des Freihandels, enthielt Abstimmungsmechanismen zur Vermeidung einer Krise (1929) US-Dollar neue Leitwährung Grenzen des One-world Prinzips UdSSR Beteiligung UN, Ablehnung neue Handels- und Währungsordnung Bretton Woods UdSSR (Stalin) weigerten sich Gebiete nach Hitler-Stalin Pakt wieder abzutreten Neue Politik - Unter Harry S. Truman Leitlinie USA: Politik des Containment → Eindämmung Einfluss der Sowjetunion keine Zugeständnisse gegenüber der UdSSR Verhinderung einer Ausweitung des machtpolitischen Einflusses der UdSSR Unterstützung vom Kommunismus bedrohter Länder vor allem finanziell und wirtschaftlich Veränderte Deutschlandpolitik wirtschaftlicher Wiederaufbau, politische Souveränität der Westzone → Stärkung Deutschlands: Prellbock gegen sowjetischen Einfluss, nicht mehr Schwächung Truman-Doktrin (12.3.1947) zentrales Dokument der amerikanischen Containment Politik Zusicherung von Hilfe an alle vom Kommunismus bedrohten Länder Reaktion auf Weigerung der UdSSR, Truppen aus Türkei abzuziehen und auf Unterstützung kommunistischer Verbände im griechischen Bürgerkrieg durch UdSSR Marshall-Plan (5.6.1947) Gewährung von Zuschüssen und Krediten Lieferung von Rohstoffen und Fertigprodukten an europäische Länder Weltwirtschaft ankurbeln, gesellschaftliche Verhältnisse schaffen, die demokratische Entwicklungen ermöglichen, Europa gegen kommunistischen Einfluss stärken April 1948: Gründung der OEEC, seit 1960 OECD Deutschland → Koordinierung der Hilfe in Europa UdSSR (auf Währungsreform): Berlin-Blockade 24.6.1948 - 12.5.1949 → Luftbrücke → Nutzlosigkeit Blockade → Wiedereröffnung → Bruch endgültig vollzogen Westen glaubte Sowjetunion betreibe aggressive Machtpolitik April 1949 Gründung Nato wegen Bedrohung der Sowjetunion Verteidigungsbündnis der westeuropäischen Staaten mit den USA USA übernahm Sicherheitsgarantie für westeuropäische Mitgliedstaaten Truman-Doktrin (12.03.'47) Vorwurf an UdSSR: keine Wahlfreiheit politisches Systems kein Selbstbestimmungsrecht Terror und Unterdrückung Verweigerung demokratischer Grundrechte Maßnahmen: Marshall-Plan: Hilfe für unterdrückte Staaten Stärkung des politischen Widerstandes Zwei-Lager Theorie (22.09.'47) Vorwurf an USA: Versuch andere Staaten imperialistisch zu beherrschen Verhalten im 2. Weltkrieg haben UdSSR "ausbluten" lassen Krieg in die Länge gezogen Faschismus nicht konsequent bekämpft Sabotieren der "Zweiten Front" Maßnahmen: Kampf gegen Faschisten Kampf für die Demokratie Bündnis mit gleichgesinnten Staaten UdSSR Weite Teile nach WK II verwüstet, Städte, Dörfer, Produkthanlagen und Verkehrswege zerstört 20 Mio. Tote → höchster Blutzoll Kriegsziel: Vernichtung Faschismus und Befreiung der vom Faschismus unterdrückten Völker Leninismus: Faschismus ist logische Konsequenz



des Kapitalismus → Bekämpfung der historischen Grundlage des Faschismus: Kapitalismus Konsequenz: Umwandlung aller Gesellschaftsordnungen im Einflussbereich der Sowjetunion in sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnungen

Nach WK II: Wunsch nach Sicherheit → Errichtung "Sicherheitsgürtels"

Ab 1944: Vorrücken rote Armee, Besetzung und Umgestaltung Osteuropa → Volksdemokratien Teilnahme UN basierend auf Vetorecht → ständiges, gegenseitiges Blockieren Handels- und Währungsreform von Bretton Woods rief bei der UdSSR Angst vor US amerikanischer weltweiter handelspolitischer Hegemonie hervor → Unterdrückung der Völker durch den kapitalistischen "Imperialismus" der USA Truman-Doktrin und Marshall-Plan bestätigten Bild der USA als imperialistische Macht → Nutzt ökonomische Vorherrschaft um andere Staaten in Abhängigkeit zu bringen Verboten allen Oststaaten die Annahme des Marshall Plans → keine Unterordnung unter die USA → Verstärkung Politik der Abschottung und machtpolitischen Konsolidierung Gründung "Kominform" (Informationsbüro der kommunistischen Parteien) → formeller Zusammenschluss der kommunistischen Parteien September 1947 Gründung "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) - Gegenorganisation OEEC - Jan 1949 Deutschlandpolitik Nach Ankündigung der USA zum Wirtschaftsaufbau und Gründung westdeutscher Staat → Forderung nach einem Deutschland (Stalin) → Durchsetzung Reparationszahlungen Versuch der Sympathiegewinnung der Deutschen, Einflussnahme auf Gesamtdeutschland

Ablehnung USA → Eingliederung SBZ in osteuropäische Pufferzone → Teilung besiegelt Berlin-Blockade: Offiziell gegen Teilung Berlins in zwei Währungsgebiete → Realität: Demonstration Führungsanspruches Osteuropa, arrondieren Einflussbereiches Gegenbündnis zur NATO: "Warschauer Pakt" (14.5.1955) → Blockbildung abgeschlossen Grundstruktur: Bipolarität, "Eiserner Vorhang" USA UdSSR • • • • • Errichtung einer liberalen Demokratie Mehr-Parteien-System freie Wahlen Marktwirtschaft politische Integration in das Sicherheits- und Wirtschaftssystem des Westens • Währungsreform • Marshall-Plan → Gründung der BR Deutschland Aufbau einer sozialistischen Volksdemokratie • Ein-Parteien-System • keine freien Wahlen Planwirtschaft • Bodenreform • Kollektivierung → Gründung der DDR Adenauer hat Angst vor einer Teilung Kooperation mit UdSSR unmöglich Westintegration als Grundlage keine Verfassung, sondern Grundgesetz (BR Deutschland = Provisorium) • freiheitlich demokratische Grundordnung • • • • • • • • keine freie Willensentscheidung des Volkes Diktatur des Proletariats sozialistischer Staat antiimperialistische / antifaschistische Grundsätze Der Konfliktverlauf Herausbildung und Blockbildung (1944-1949) tiefgreifende Systemgegensätze territoriale Neuordnung wirtschaftliche, militärische und politische Blockbildung → Grundstruktur "Kalter Krieges" Die Eskalation des Konfliktes (1949-1962) Beide Seiten bemüht um Ausdehnung Einflussbereiches und Destabilisierung pol. Gegners Containment → "Roll Back": sowj Expansion nicht nur aufhalten sondern zurückdrängen UdSSR stellt Pläne zur Eroberung Westeuropas auf Propaganda und verdeckte Unterstützung von Regimegegnern keine direkte militärische Konfrontation, Gefahr Atomkrieg garantiert Status quo in Europa Außerhalb Europas: Stellvertreterkriege Ko-

reater Krieg (1950-1953) → erster Höhepunkt → Erkannten, dass sie die gegebenen territorial- machtpolitischen Verhältnisse akzeptieren mussten ("Status-quo-Politik") Kuba-Krise" (1962) → Höhepunkt und Wendepunkt → erfolgreiche Deeskalationspolitik Die Politik des Status quo ( 1962-1968) Versuche zur Begrenzung und Kontrolle der Atomrüstung "heißer Draht" zwischen Moskau und Washington → im Notfall direkte Kommunikation 5.8.1963 Nuklearestopabkommen → Beendigung der Atomtests Ziel: Kontrolle des Konfliktes nicht Lösung, denn Systemgegensatz bestand weiter Hochrüstung und militärische Modernisierung hielten an Prager Frühling (Frühjahr 1968): Truppen des Warschauer Paktes besetzen CSSR, setzen reformwilligen Parteichef ab und moskautreue Regierung ein → Anwendung der Breschnew-Doktrin (UdSSR ist berechtigt, im Falle einer Bedrohung des sozialistischen Systems, einzugreifen) → USA keine Möglichkeit innerhalb Europas einzugreifen Außerhalb Europas allerdings heftige Kämpfe: Vietnamkrieg (1961-1973) Politik der Entspannung (1968-1977) Enorm Hohe Rüstungskosten, "Zweitschlagskapazität", Einsicht der Irrationalität der atomaren Gefahr → sorgten für Entspannung zwischen Supermächten "friedliche Koexistenz": Aufrüstung begrenzen, Kommunikation verbessern → Weltfrieden Atomwaffensperrvertrag (1968) SALT I (1972): Begrenzung der Gesamtzahl bestimmter strategischer Atomwaffen Höhepunkt der Entspannung: Unterzeichnung KSZE-Schlussakte August 1975: territoriale Status quo wurde anerkannt, vertrauensbildende Maßnahmen, Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet geregelt, Katalog von Menschen- und Grundrechten beschlossen → Oppositionsbewegungen stützten sich auf die Rechte der KSZE Akte, sie wurden massiv verfolgt → Repressionspolitik in offenem Widerspruch zur KSZE-Schlussakte → deutete Ende der Entspannungsphase an Der "Second Cold War" (1977-1985) Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Osteuropa - 1979 NATO "Doppelbeschluss": Abzug Raketen, sonst Aufstellung neuer Raketen in Westeuropa Hochrüstung und Aufrüstung im Weltraum Expansionsmaßnahmen: UdSSR in Afghanistan um sozialistisch-kommunistische Regierung zu unterstützen (1979); USA unterstützten afghanische Rebellen, sowie antikommunistische "Contras" in Mittel- und Südamerika → "Hinterhof" absichern Ende "Second Cold War": Ernennung Michael Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU → Selbstaufösung der UdSSR, sowie Auflösung des Warschauer Paktes "Epochenjahr" 1989 endete Ost-West-Konflikt: Sowjetunion vollzog grundlegenden Systemwechsel → Systemkonkurrenz entfällt: Grundlage des Konflikts Deutschland im Kalten Krieg Politik der UdSSR Ziel: Entmilitarisierung und Entnazifizierung, sowie Umwandlung von Staat und Gesellschaft nach Vorbild UdSSR → Integration SBZ in Sicherheitsgürtel sowjetischer Satellitenstaaten durch: "Bodenreform" - Enteignung Grundbesitz und Betrieben, Umwandlung Industriebetrieben, Banken und Versicherungen in "volkseigene Betriebe" (VEB) Währungsreform (23.2.1948): Einführung DM-Ost als Reaktion auf Währungsreform in der Ostzone Zwangsvereinigung KPDeutschland und SPDDeutschland zur SEDDeutschland (21./22.4.1946) Umgestaltung der SEDDeutschland nach dem Vorbild der KPdSU 29.9.1959 Beitritt zum Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) 14.5.1955 Grün-

dung Warschauer Pakt 20.9.1955 DDR erhält formal Souveränität, Moskau bestimmt Politik weiterhin 18.1.1956 Aufbau Nationale Volksarmee Politik des Westens 1947 Zusammenschluss amerikanischen und britischen Zone zum Wirtschaftsraum, Bizone 1947 Marshall Plan: für alle europäischen Länder Sachlieferungen und Kredite 1948 Londoner Sechs-Mächte-Konferenz : Entscheidung zur Erarbeitung einer Verfassung, Integration in den Westen, internationale Kontrolle des Ruhrgebiets → UdSSR verlässt aus Protest den Alliierten Kontrollrat (23.2.1948) Währungsreform (21.6.1948) : Einführung Deutsche Mark Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (18.4.1951) In-Kraf-Treten Pariser Verträge und Deutschlandvertrag (5.5.1955) Wiedereingliederung Saarland in das Bundesgebiet (1.1.1957) Gründung Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäische Atomgemeinschaft (25.3.1957) Berliner Blockade (24.6.1948 - 12.5.1949) UdSSR sperren Zufahrtswege zu den Westsektoren Berlins als Reaktion auf Währungsreform → wollten Integration Westberlins in den Osten Versorgung der Westbevölkerung durch Westalliierte über Lufbrücke → scheitern der Blockade Gründung der BRDeutschland(24.5.1949) Zunächst provisorische Charakter aus Angst von dauerhafter Teilung Deutschlands (keine Verfassung nur vorläufiges Grundgesetz) → April 1949 Bizone wird mit Beitritt der frz. Zone zur Trizone Begründung: Unmöglichkeit einer wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und einer Kooperation mit dem Osten - Misserfolg der gemeinsamen Besatzungspolitik, Vertretung demokratischer Ideen und Sicherung alliierter Interessen - Interessen der UdSSR kontraproduktiv, Deutschland muss Beitrag für Europa leisten, BRDeutschland= Prellbock, wirtschaftliche Diskrepanz, Konzentration Westalliierte auf Wiederaufbau Westen → Wirtschaft und Demokratie stärken → Magnetwirkung auf den Osten, dann Einheit Gesamtsystem und Selbstverständnis: westliche Demokratie als Grundlage, Grundgesetz, Urteile des Bundesverfassungsgerichts, Selbstbestimmung des Volkes, Bundesrepublik als Teil der dt. Nation, Friedenssicherung Politisches System: föderalistisch, Mehrparteiensystem, parlamentarische Demokratie (Verantwortlichkeit Regierung, Opposition, Gewaltenteilung, sozialer Rechtsstaat) soziales System: Sozialstaat, offene, pluralistische Gesellschaft Wirtschaftliches System: soziale Marktwirtschaft, Kapitalismus Das Grundgesetz: Lehren aus der Weimarer Verfassung → Stärkung der Regierung, Beschneidung der Macht des Reichspräsidenten, Stärkung des Parlaments Gründung der DDR Begründung: Gründung BRDeutschland= Betrugsmanöver "Bonner Separatisten", keine freier Wille sondern Unterdrückung, wirtschaftlichem Druck, Massenbetrug usw. im Auftrag des amerikanischen Imperialismus → Notwendigkeit der Bildung einer wahrhaft demokratischen und unabhängigen Regierung, Vertretung der pol., wirt., kult. und nationalen Interessen Gesamtsystem und Selbstverständnis: Marxismus - Leninismus, sozialistische Bruderstaaten als Vorbild, realer Sozialismus, Arbeiterstaat, friedliche Koexistenz, Volksdemokratie politisches System: sozialistische Demokratie (Diktatur des Proletariats, Nationale Front → Einheitsliste zur Sicherung der Diktatur der SED), demokratischer Zentralismus), Prinzip der Parteilichkeit, Partei der Arbeiterklasse soziales System: sozialistische Gesellschaft durch die politische Macht der Arbeiterklasse

und der mit ihr verbündeten Klassen und Schichten wirtschaftliches System: sozialistische Planwirtschaft (ökonomisches System der Arbeiterklasse) Politik Adenauers Bedingungen: ideologische Abhängigkeit von Supermächten (USA) sowjetischer Expansionsdrang Skepsis gegenüber deutschem Demokratiebewusstsein Strategie: Westintegration Förderung der deutsch-französischen Beziehung → Aussöhnung mit F europäische Einigung Stärkung Deutschlands (Wiederbewaffnung) Partnerschaft in Europa starkes Europa als Basis für Verhandlungen mit UdSSR Ziele: 2. Freiheit (innenpolitische Souveränität und Gleichberechtigung) 3. Frieden 4. Deutsche Wiedervereinigung Ruhrstatut (28.4.1949) Internat. Behörde: Verwaltung Hilfsquellen Ruhrgebiet: Friedensinteresse, reduzierte Demontage Petersberger Abkommen Beitritt der Bundesregierung zur Internationalen Ruhrbehörde, Wiederaufnahme von konsularischen Handelsbeziehungen EVG-Vertrag 1950 deutsches Truppenkontingent für internationale Armee Deutschlandvertrag (26.5.1952) Souveränität (vorbehaltlich gewisser Machtbefugnisse der Besatzungsmächte) und gemeinsames Ziel der Wiedervereinigung Die Stalin-Note (10.03.1952) Wiedervereinigung demokratische Rechte Unabhängigkeit Abzug der Besatzungstruppen Neutralität Deutschlands Verbot demokratiefeindlicher Verein Territorium gemäß Potsdamer Konferenz Mitgliedschaft in UNOUSA-Antwort 25.3.1952 Wiedervereinigung freie Wahlen Freiheit Deutschlands keine nationalen Streitkräfte, sondern EVG keine endgültige Grenzfestlegung (nach Potsdamer Abkommen) Stalin Note (10.03.1952) - Verpasste Chance? Abschluss eines Friedensvertrages und Wiedervereinigung Abzug der Streitkräfte Gewährleistung demokratischer Rechte Unterbindung von Militärbündnissen Grenzen laut Potsdamer Abkommen 25.03.1952 Ablehnende Antwort der USA beharren auf den Freiheiten des Volkes keine endgültigen Grenzen festgesetzt, würde Aggression auslösen Arbeiteraufstand in der DDR (17.06.1953) Missstände im Wirtschaftssystem, Zwangsmaßnahmen gegen Bauern / selbstständige Unternehmer, steigende Preise, Lohnsenkungen → Verschlechterung der öffentlichen Stimmung Arbeiteraufstand in über 200 Orten (von wirtschaftlichen Forderungen bis freien Wahlen) Unterdrückung des Aufstandes mit Hilfe der Sowjetunion (Verhaftungen, Panzereinsätze, usw.) anschließende "Säuberung" Parteiapparat (60-70% SED-Bezirksleitungen verloren ihre Ämter) Deklaration: "faschistischer Putsch", Agenten wurden von Westberlin eingeschleust und haben einen kleinen Teil der Arbeiter zu Demonstrationen verleitet, konterrevolutionärer Putsch brach schnell zusammen Deutschlandpolitik der Supermächte (1955-61) sowjetischer Entwurf eines Friedensvertrages (10.1.1959) bis zur Wiedervereinigung gibt es zwei deutsche Staaten Verpflichtung zu Neutralität Grenzen Deutschlands gemäß Vereinbarung von 1959 bis zu Wiedervereinigung Berlin entmilitarisieren Annäherung und Verständnis - "Berlin-Ultimatum" (27.11.1958) "freie Stadt" innerhalb des Staatsgebiets der DDR (eigene Regierung / Verwaltung) Ultimatum (6 Mon.) zur Lösung der Berlin Frage, danach Abtrennung West-Berlins amerikanischer Herter-Plan (14.5.1959) freie Wahlen zur Wiedervereinigung Berlin Einsetzung eines gesamtdeutschen Ausschusses (25:10 Besetzung) für Modalitäten der Wiedervereinigung freie Wahlen für freies, demokratisches,

föderatives System Souveränität nach Wiedervereinigung Berlin Status (25.7.1961) Gewährleistung von Selbstbestimmung, Freiheit und Schutz für West-Berlin keine Einflussnahme bzgl. Ost-Berlins - Voraussetzungen: Bau der Berliner Mauer (13.08.61) Ursachen: Republikfucht (1-3% der Bevölkerung jährlich) mangelhafte Aufklärung und Überzeugung der Bevölkerung Eingeständnis der Fehleinschätzung bzgl. Gefahren von Westkontakten Missstände in Wirtschaft und Politik Konsequenzen: Maßnahmen ergreifen um gegenzusteuern (USA) Leugnung eines Plans zum Bau der Mauer (DDR) Reaktionen: Protestnote der USA wegen Verletzung des Vier-Mächte-Status Feststellung einer Verschlechterung der Beziehung Tolerieren des gegenwärtigen Zustands (Status quo-Politik) Deutschland- und Außenpolitik der BRD 1949-1969 Westintegration vor Wiedervereinigung deutsch-französische Partnerschaft und europäische Integration transatlantische Partnerschaft Bindung an die USA (Adenauer) → Schaffung eines stabilen Deutschlands Hallstein-Doktrin Alleinvertretungsanspruch der BRDeutschland für Gesamtdeutschland BRDeutschland hat keine diplomatischen Beziehungen zu Ostblockstaaten außer UdSSR 1969-1989 Kurswechsel unter Willy Brandt → Angestrebtes verbessertes Verhältnis zur DDR und Normalisierung der Beziehungen zu Ostblockstaaten Moskauer Vertrag (12.8.1970): Anerkennung aller bestehenden Grenzen (auch innerdeutsch) zwischen BRDeutschland und UdSSR Warschauer Vertrag (7.12.1970): BRDeutschland erkennt pol. Westgrenze an Vier-Mächte-Abkommen (3.9.1971): Transitverkehr und Reisen in DDR sind BRDeutschland Bürgern erlaubt Grundlagenvertrag (21.12.1972) BRD Grundlagenvertrag - gutnachbarliche Beziehungen - Beitrag zu Frieden und Abrüstung - Festhalten am Ziel der Wiedervereinigung DDR - souveräne Gleichheit - Unverletzlichkeit der Grenzen - Aufgabe des Alleinvertretungsanspruches der BRD - Anerkennung der Souveränität • Willy Brandt, Regierungserklärung (Okt. 1969) Sicherung der europäischen Friedensordnung Recht auf Selbstbestimmung Einheit der Nation, Auseinanderleben BRDeutschland- DDR verhindern (ein "Miteinander" schaffen) Verhandlungen ohne Diskriminierung; Zusammenarbeit (aber keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR, sie ist kein Ausland) Alliierte und UdSSR sollen auch kommunizieren (Status Berlins unangetastet lassen) BRDeutschland geht auf Osten zu: diplomatische Verhandlungen in Moskau und Polen → Annäherungspolitik / neue deutsche Ostpolitik Wiedervereinigung Zeittafel Datum Ereignis 09.11.89 Öffnung der Berliner Mauer 13.11.89 Hans Modrow wird neues Ministerpräsident der DDR 28.11.89 Helmut Kohl legt den Zehn-Punkte-Plan vor 07.12.89 Erstes Treffen des Runden Tisches 16./17.12.89 Sonderparteitag der SED: Umbenennung in PDS 22.12.89 Wiedereröffnung des Brandenburger Tors 15.01.90 Stürmung der Zentrale der Stasi; 150 000 demonstrieren „Wir sind ein Volk“ 10.02.90 Zusage Gorbatschows: SU wird Entscheidung Deutschen respektieren 01.03.90 Ministerratsbeschluss zur Gründung der Treuhandanstalt 18.03.90 Erste freie Volkskammerwahlen 12.04.90 Wahl des CDU- Vorsitzenden Lothar de Maizière zum Ministerpräsidenten der DDR 17.06.90 Verabschiedung des Treuhandgesetzes 01.07.90 Staatsvertrag DDR und BRDeutschland zur Herstellung des Wirtschafts-, Währungs-, Sozialunion 14.-16.07.90 Michail

Gorbatschow billigt DE die vollen Souveränitätsrechte zu 12.09.90 Abschluss der friedlichen Revolution: Unterzeichnung des „2+4- Vertrags“ in Moskau 20.09.90 Verabschiedung „Vertrags über die Herstellung des staatlichen Einheit Deutschlands“ vom 31.08.90 03.10.90 Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Art.23 GG 19./21.11.90 Erklärung der NATO, des Warschauer Paktes und KSZE zum Ende des Kalten Krieges 02.12.90 Erste gesamtdeutsche Bundestagswahlen politische Ursachen Die Revolution in der DDR (1989/90)

- fehlende Partizipation der Opposition • Ausschalten politisch Andersdenkender • Recht = Wille der Arbeiterklasse • keine Gerichtsautonomie
- keine freien Wahlen • keine Entscheidungsfreiheit politisches Systems • Oligarchie-Vorwurf • Verleugnung der Probleme • keine Konfliktlösung • Reformunwilligkeit • Ignoranz des Volkswillens gesellschaftl. Ursachen wirtschl. Ursachen • keine Meinungsfreiheit • oktroyierte Weltanschauung • Ausschluss anders denkender Personen • 2 Klassengesellschaft • Unglaubwürdigkeit der DDR Führung (Diskrepanz Lebensstandard - Ideologie) • Schwächung der Akzeptanz ideologischer Haltungen • Konkurrenz durch andere System (BRD, USA) • mangelnder Zugang zu Konsumgütern der breiten Masse • geringer Lebensstandard • unterschiedliches Warenangebot je nach Zugang (Devisen, Beziehungen, etc) • Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage Unkontrollierbare Dynamik der Entwicklung Zusammenbruch System auf Repressionen aufgebaut Repressionsapparat zerstört durch gewaltfreie Demonstrationen statt Massaker ungarische Unfähigkeit keine Hilfe von UdSSR → erst versagt Staatsapparat, dann kamen Proteste friedliche Revolution Blutvergießen nicht notwendig für Revolution (Massenmobilisierung) 1. bürgerlicher Aufbruch gegen Kommunismus 2. prinzipieller Systemwechseln 3. Vision einer anderen Welt Der Zentrale Runde Tisch der DDR fordert die Offenlegung der ökologischen, wirtschaftlichen und finanziellen Situation der DDR und will sich mit Vorschlägen zur Überwindung der Krise an die Öffentlichkeit wenden. Er versteht sich selbst als Bestandteil der öffentlichen Kontrolle in der DDR und will so lange tätig sein bis freie, demokratische, geheime Wahlen durchgeführt wurden. Legitimation: Nicht durch Wahlen sondern durch Repräsentation der Bevölkerung Aufgaben: beratende Funktionen (wirtschaftlich, politisch, rechtspolitisch) - Schaffung von Transparenz, Kontrolle von Regierung bzw. Volkskammer Ziele: demokratische Wahlen, Überwindung Staatskrise, Zunächst nicht die Wiedervereinigung sondern Reformen und Stabilisierung Helmut Kohls Zehn-Punkte-Plan (28.11.89) 1. Sofortmaßnahmen konkrete Hilfe im humanitären / medizinischen Bereich Fortsetzung der Zusammenarbeit (wirtschaftlich, kulturell, wissenschaftlich) 2. Bedingungen Änderung des wirtschaftlichen / politischen Systems Verfassungsänderung, Aufhebung Machmonopol der SED, Planwirtschaft abbauen, neues Wahlrecht (frei, gleich, geheim), rechtsstaatliche Verhältnisse mit Abschaffung pol. Strafrecht demokratisch legitimierte Regierung 3. Vertragsgemeinschaft Vereinbarungen in allen Bereichen treffen 4. Konföderation bundesstaatliche, gemeinsame Ordnung 5. Europa sich den anderen europäischen Staaten anpassen und gesamteuropäische Entwicklung stärken Architektur Deutschland muss sich in Europa eingliedern Europa muss auf reformierte Staaten zugehen KSZE

Herzstück 6. Abrüstung KZSE-Akte = wichtig! nötig für Aufhebung der Trennung Europas 7. Wiedervereinigung Im Zustand des Friedens erfolgt die Selbstbestimmung seiner Einheit Etwas vergessen / Kritik Zustimmung der Siegermächte Besatzungskräfte Gesicht eines vereinten Deutschlands wirtschaftliche Neuordnung Territorium eines gesamtdeutschen Staates Haltungen des Auslands (zum 10-Punkte-Plan) DDR UdSSR Modrow und Gorbatschow: Schritt für Schritt ein militärisch neutrales Deutschland aufbauen, um Eskalation der Lage zu vermeiden Gorbatschow: stimmt der Einheit in Folge einer Abstimmung zu, stellt Bedingungen (Überwindung Ost-West-Spaltung, Lehre aus Geschichte ziehen, Grenzfrage noch zu klären) NATO Bush: NATO soll Rahmen für friedliche Veränderungen TO schaffen Bedingungen: 1. Ergebnis der Abstimmung nicht vorwegnehmen 2. NATO Beitritt 3. schrittweise vorgehen 4. Grenze (Akte von Helsinki) Staatsvertrag: Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts-, und Sozialunion (01.07.1990) Beendigung Teilung Deutschlands in zwei Währungsgebiete DM als alleiniges Zahlungsmittel Löhne, Renten, Sparkonten von 2000-6000 1:1, darüber 2:1 Grundlage ist soziale Marktwirtschaft Lebens- Beschäftigungsbedingungen verbessern Entwicklung föderativer Strukturen Anwendung Recht der EG freiheitliche, föderative, demokratische, rechtsstaatliche und soziale Grundhaltung Einigungsvertrag (Fixieren der Überleitung) (06.07. - 31.08.1990) DDR tritt der BRDeutschland bei am 03.10.1990 Übrige Rechtsgebiete Eigentumsfragen Achtung der Menschenrechte und des Friedens Unverletzlichkeit der Grenzen territoriale Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa Hauptstadt ist Berlin Verfassung nach Art. 23 Zwei-Plus-Vier-Vertrag (12.09.1990) Bedingungen: Überwindung der Spaltung Ost-West Berücksichtigung der Charta der UN, Schlussakte von Helsinki und KZSE, Souveränität des geeinten Deutschlands (Ablösung der 4-Mächte-Rechte) 1. Festlegung der Grenzen und keine weiteren Gebietsansprüche (Oder-Neiße-Grenze) 2. ausschließlich Friedensabsichten (Angriffskrieg = strafbar / illegal) 3. Verzicht ABC-Waffen (atomar, biologisch, chemisch) und Reduzierung Armee auf 370 000 Mann 4. Abzug der sowjetischen Streitkräfte bis 1994 5. Territorialverteidigung der DDR, nur von Kräften die nicht in der NATO sind (autonom) 6. Recht auf Bündnisfreiheit 7. Ablösung der 4-Mächte-Recht durch Souveränität Deutschlands 8. Vertrag tritt in Kraft, wenn alle Ratifikationen hinterlegt wurden (so schnell wie möglich) 9. Verbindlichkeit des Vertrags! Bedeutung des Zwei-Plus-Vier-Vertrags Souveränität Deutschlands Förderung der europäischen Gemeinschaft / Einigung Fortschritt in sicherheitspolitischen Fragen (Abrüstung, Militär) Entspannung des Ost-West-Konfliktes Klärung territorialer Fragen ersetzt einen Friedensvertrag: offizielles Ende des 2. Weltkriegs, ist aber offiziell keiner (kein Versailler Vertrag)